

17. Wahlperiode

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie

mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie
vom 14. November 2013

zum

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1004

**Alle Berliner Kinder müssen die Schule besuchen –
die Prävention gegen Schulschwänzen stärken, die
Schulpflicht konsequent durchsetzen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/1004 – wird mit den folgenden Änderungen angenommen:

1. In Punkt 6 wird das Wort „Eltern“ durch die Wörter „Eltern und Erziehungsberechtigten“ ersetzt.
2. Nach Punkt 9 werden die folgenden Punkte 10 bis 12 angefügt:
 - „10. Zur Unterstützung des „Berliner Programms zur Vorbeugung und Bekämpfung der Schuldistanz“ wird die Statistik über Schulschwänzen verbessert und vereinheitlicht, indem der Senat relevante Informationen für alle öffentlichen allgemein bildenden Schulformen in allen Berliner Bezirken schulhalbjährig und zentral erfasst sowie dem Abgeordnetenhaus halbjährig Bericht erstattet.
 11. Die Arbeit mit schuldistanzierten Kindern und Jugendlichen ab dem 12. Lebensjahr wird weiter gefördert. Hierzu soll gegenüber der Bundesregierung darauf hingewirkt werden, dass auch ab 2014 Bundesmittel, etwa aus dem

Programm „JUGEND STÄRKEN plus“, zu diesem Zweck eingesetzt werden können.

12. Der Senat wird aufgefordert, in einem Rundschreiben an die Schulen, die Schulleitungen und Lehrkräfte anzuregen, an jeder Schule Schülerinnen- und Schülerpatenschaften zu realisieren. Ziel dieser Maßnahme soll die Unterstützung der Schüler/-innen untereinander sein. Insbesondere soll darauf hingewirkt werden, dass die Paten untereinander Netzwerke über die Schule hinaus bilden sollen, sodass z.B. Kinder und Jugendliche sich untereinander vor dem Schulbesuch treffen und gemeinsam die Schule besuchen.“
3. Das Berichtsdatum wird geändert in „31. März 2014“.

Berlin, den 21. November 2013

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Familie

Renate Harant